Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 241. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 10. November 1933. | 15. Jahrgang.

Dein wahrer Freund ist der,
Der dich sehen läßt deine Flecken
Und sie dir tilgen hilft,
Eh' andere sie entdecken. Rückert

Außenpolitik und Rundfunk.

Als Otto von Bismarck daran dachte, in die Beamtenlaufbahn einzutreten und die diplomatische ins Auge faßte, da riet ihm der Minister Ancillon ab, und Bismarck bemerkt in seinen „Gedanken und Erinnerungen" dazu: „Der Minister hatte den Eindruck, daß die Kategorie unseres hausbackenen preußischen Landadels für unsere Diplomatie den ihm erwünschten Ersatz nicht lieferte, und die Mängel, welche er an der Gewandtheit des Personalbestandes dieses Dienstzweiges fand, zu decken nicht geeignet war. Dieser Eindruck war nicht ganz ohne Berechtigung. Ich habe als Minister stets ein landsmannschaftliches Wohlwollen für eingeborene preußische Diplomaten gehabt, aber im dienstlichen Pflichtgefühl nur selten diese Vorliebe bestätigen können, in der Regel nur dann, wenn die Beteiligten aus einer militärischen Stellung in die diplomatische übergingen." . . . . „Außerdem kann ich Ancillon nicht Unrecht geben, wenn er von den meisten Aspiranten aus unserem Landadel den Eindruck hatte, daß sie sich aus dem engen Gesichtskreise ihrer damaligen Berliner, man könnte sagen provinziellen Anschauungen schwer loslösen ließen, und daß es ihnen nicht leicht gelingen würde, den spezifisch preußischen Bürokraten in der Diplomatie mit dem Firnis des europäischen zu übertünchen. Die Wirkung dieser Wahrnehmung zeigt sich deutlich, wenn man die Rangliste unserer Diplomaten aus damaliger Zeit durchgeht; man wird erstaunt sein, so wenig geborene Preußen darin zu finden. . Ausländische Namen standen höher im Kurse: Brassier, Perponcher, Savigny, Oriola." Der überlegene Staatsmann Fürst Bismarck vermochte diesen Mangel einigermaßen auszugleichen, als er aber nicht mehr am Ruder stand, da wurde unsere mangelhafte Außenpolitik unser Schicksal. Daß im Weltkrieg die Welt gegen uns stand, war nicht zum wenigsten die Folge unserer mangelhaften Vertretung im Ausland. Unsere Gesandten sind gewiß die ehrenhaftesten und ehrlichsten Menschen gewesen, und doch haben sie ihre Posten nicht ausgefüllt. Ihre allzugroße Anständigkeit in einer Welt der Unehrlichkeit machte sie ungeeignet für ihren verantwortungsvollen Beruf. Wer für sein Vaterland nicht lügen und sich verstellen konnte, der war eigentlich unbrauchbar für den diplomatischen Dienst. Aus der Aufzeichnung dieses Tatbestandes ergibt sich, wie schwierig die rechte Auswahl unserer Auslandsvertreter war. Der Reichskanzler konnte doch unmöglich offenbare Schufte und Betrüger zu seinen Vertrauten im Auslande machen; wer garantierte ihm denn, daß sie ihn bei bester Gelegenheit nicht selbst betrogen? Der ehrliche Deutsche kann sich als Persönlichkeit in sittlicher Hinsicht nicht aufteilen, wie z. B. der Engländer, der ohne Gewissensbisse seinem Wort „Right or wrong, my country!" folgen kann. Was dem Deutschen als Unehrenhaftigkeit erscheint, das bleibt ihm auch den Vertretern der anderen Nationen gegenüber zu tun verboten.

Wie ungeheuer die Macht der Verleumdung in der Welt aber war und noch ist, das haben wir bitter erfahren. Die Unwahrheit hat beim Ausbruch des Weltkrieges ein Netz der Lüge, das aus Haß und Bosheit geflochten wurde, über die ganze Welt gebreitet, und wenn wir auch hoffen mochten, daß Lügner kurze Beine haben und sich in ihrem eigenen Netz fangen würden, so ist es bis jetzt noch nicht geschehen. Wo die Wahrheit einmal siegend vordrang, da ist es der Weltlüge immer wieder gelungen, den Riß zu flicken, der im Gewebe entstanden war, wenn's ihr auch manchmal schwer wurde. Unser Volk weiß ein Lied davon zu singen, wie es in der Welt geschmäht und beschimpft worden ist und wie frech eine bis in den Boden gemeine Weltpresse der Wahrheit hohnlachend ins Gesicht log.

Das wird nun nicht mehr lange geschehen können; denn die Wahrheit marschiert. Sie hat eine Stimme bekommen, die man in der Welt nicht mehr überhören kann, das ist der Rundfunk. Durch ihn ist uns der Zugang zum Weltgewissen freigemacht worden, und wenn es schlafen sollte, so vermögen wir es wieder zu erwecken. Wie der einzelne Mensch, so hat jedes Volk, aber auch die Menschheit ein Gewissen, und wie der einzelne durch die Selbstlüge den Mahner in seiner Brust zum Schweigen bringen kann, so kann durch die fortgesetzte Verfälschung der Beweggründe des politischen Handelns die Selbstanklage der Menschheit zum Verstummen gebracht werden. Nun wird langsam, aber gründlich das Lügenwerk zerstört. Was wäre wohl geschehen, wenn der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund in den Jahren erfolgt wäre, wo es noch keinen Rundfunk gab. Auch so schießt die Verleumdung über uns noch arg genug ins Kraut; aber wer hineinzuhören versteht, der vernimmt in dem Chor der Anklage doch auch die Stimme der Vernunft und der Selbstanklage in allen Ländern. Ohne Hitlers ernste und von heiligem Verantwortungsbewußtsein vor dem eigenen Volke und der Menschheit getragenen Rede an die Welt, würde der blinde Haß Gift und Galle kübelweise über uns ausgegossen haben, daß den ahnungslosen Völkern die kalten Schauer gekommen wären beim Gedanken an das „barbarische Volk der Deutschen", und es wäre den verborgenen Drahtziehern dann möglich gewesen, jene Psychose in den Völkern zu erzeugen, nach der es ein gottverdienstliches Werk sein würde, dieses „Schandvolk" von der Erde zu vertilgen. Glaubte im Weltkrieg doch selbst der blutgierigste Afrikaner sich in seiner Weise bekreuzigen zu müssen, wenn die Rede auf die „gottverdammten Boches" kam.

Nun hat die Wahrheit aber eine Stimme bekommen. Frei schwingen sich die Aetherwellen über die Landesgrenzen von Volk zu Volk. Da hilft kein Verschweigen mehr. Regierungen und Parlamente und auch das alte Lügeninstrument, die Weltpresse, müssen zu dem Stellung nehmen, was die Wahrheit der Verleumdung entgegenwirft. Sie braucht keine große Geste, sie kann in dem schlichtesten Gewande umhergehen, denn sie hat die siegende Gewalt der Ueberzeugung für sich. Ihre Sprache wird von allen jenen in allen Völkern verstanden, die sich ihr Menschentum bewahrt haben. Nun ist die Lüge in die Verteidigung gedrängt, und sie muß diese Rolle übernehmen, wenn sie nicht von vornherein als Lügnerin dastehen will. Es ist etwas Eigenes, wenn der Mensch zum Menschen spricht; aber erschütternder ist es, wenn ein Volk durch den Tumult der Lügen und Verhetzung die Stimme des anderen Volkes vernimmt und dann erkennt, wie es mißbraucht worden ist. Wenn der Mensch zum Menschen spricht, dann ruft er sich in seinem Gegner einen Verbündeten herbei, den Trieb zur Wahrheit, das Gewissen. Wenn eine Regierung, die die Wohlfahrt der ganzen Menschheit will, sich an die Ehrlichen in allen Völkern wendet, dann kann sie des endlichen Erfolges ihrer Bemühungen sicher sein.

Wie die Rede Adolf Hitlers eingeschlagen hat, erkennen wir am besten aus den Ausführungen, die die französischen Blätter bringen, nachdem sich der erste Zorn und das erste Erschrecken gelegt haben. Eine außerordentlich interessante und lehrreiche Abhandlung bringt „Le Temps" am 28. Oktober unter „Tribune libre". Ich führe aus dem Artikel Wladimir d'Ormessons an.

„. . . Die politische Ebene ist vollkommen durch die Tatsachen verdrängt. Wir sind völlig in einen psychologischen Aufruhr gekommen (tornade psychique). Das sieht man nicht genug in Frankreich. Politisch betrachtet ist das deutsche Manöver zweifellos unsinnig, psychologisch ist es geschickt . . . Betrachten wir die Linien! Sie sind bedeutungsvoll. Sie zeigen zugleich, wie es dem deutschen Kanzler gelungen ist, den Zweifel in die Seelen vieler Menschen zu werfen, die außerhalb Deutschlands wohnen, und wie er gewillt ist, den Vorteil, den er aus diesem unternommenen Verfahren ziehen kann, auszunutzen. Die Nazis — vergessen wir es nicht — sind Meister der Propaganda geworden. Sie können und werden es fertig bringen, den größtmöglichen Vorteil aus ihrer Lage, die sie eingenommen haben, zu ziehen und sie bis zum Grunde auszuschöpfen. Wer vermag die Veränderungen zu begreifen, die sich seit 15 Tagen in den psychologischen

Selbstbesinnung der Welt

Anklagerede gegen die englische Regierung

Seit Deutschlands Austritt aus der Abrüstungskonferenz war die britische Regierung in der Abrüstungsfrage der englischen öffentlichen Meinung gegenüber in die Verteidigung gedrängt. Mit einem Schlage war es den Denkenden im englischen Volke klar geworden, daß mehr als 14 Jahre lang entscheidende Bedingungen des Diktatvertrages von Versailles nicht erfüllt worden sind. Und zwar, nicht von Deutschland, wie es immer hieß, sondern von den sogenannten Siegermächten, die ihre Rüstungen heute durchweg über den Stand von 1914 erhöht haben!

In dieser Situation hatte die englische Regierung es darauf angelegt, beim Wiederzusammentritt des Unterhauses, noch bevor die erwarteten Pfeile vernichtender Kritik auf sie niederprasselten, Zeugnis abzulegen von den ernsten Bemühungen Englands, Europa für die Abrüstung zu gewinnen. Diese Aufgabe hatte der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir John Simon. Gleich in den ersten Sätzen der Ministerrede fiel das Wort Deutschland. Die Erklärungen Simons waren in der Hauptsache innerpolitisch. Sie verfolgten, wie bereits erwähnt, den Zweck, die Kritik zu entwaffnen und die Handlungen der Regierung zu rechtfertigen. Vor allem war ihm daran gelegen, den Vorwurf, daß die Siegerstaaten für den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz verantwortlich seien, zu entkräften und ein Fragezeichen hinter die Beweggründe der deutschen Regierung zu setzen. Mit Erfolg führte er das Argument ins Feld, daß Großbritannien als „ehrlicher Makler" mit gutem Beispiel vorangegangen sei und bis zur Grenze des Tragbaren abgerüstet habe.

Erstaunlich war in dieser Erklärung die Behauptung, es entspreche nicht den Tatsachen, daß die Entwaffnung Deutschlands durch den Versailler Vertrag abhängig gemacht worden sei von der Abrüstung der anderen Mächte. Andererseits gehe aber, so meinte Sir John Simon weiter, aus dem Vertrage klar hervor, daß Deutschlands Abrüstung als erster Schritt einer allgemeinen Abrüstung „auf ein mit der Sicherheit verträgliches Maß gedacht gewesen sei."

Die darauf folgende Rede des Führers der Opposition und des Führers der Liberalen verliefen eindruckslos. Dem früheren Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Austen Chamberlain, von dem das Wort bekannt ist, er liebe Frankreich wie eine Frau, der heute von vielen als „alter Staatsmann" angesehen wird, und sich gern als solcher fühlt, gelang es sehr bald, Deutschland, wie üblich, mit erhobenem Zeigefinger, als den „schwarzen Mann" hinzustellen. Als Chamberlain unter dem allgemeinen Beifall des Hauses wieder seinen Sitz einnahm, sah es so aus, als wenn die Defensiv-Offensive der Regierung völlig geglückt sei. Deutschland hatte vor Gericht gestanden und war schuldig befunden.

Da geschah das Wunder! Der Mann, der der Hauptvertreter der britischen Regierung war als Versailles zustande kam, Lloyd George, erhob sich und schleuderte dem Unterhaus, das seiner Rede aufmerksam folgte, die Anklage ins Gesicht, daß es die Alliierten waren, die mit der Erfüllung des Vertrages von Versailles in Verzug geraten sind! Lloyd George zeigte dem Unterhaus die „Beweisgründe", die bisher gegen Deutschland vorgebracht worden waren, in ihrer Nichtigkeit auf und ging dann zum Gegenangriff über. Während in der Rede Chamberlains das Wort „Locarno" heilig klang, wirkte es im Munde Lloyd Georges, der nachwies, bis zu welchem Grade die europäischen Staaten, vor allem Frankreich, seit Locarno wieder aufgerüstet haben, wie ein Fluch. Lloyd George führte nicht wie Chamberlain fromme Worte ins Feld, sondern nüchterne Statistiken. Er legte dar, wie das Kriegsmaterial, über das Frankreich verfüge, weit stärker ist, als das vielgelästerte deutsche Verteidigungsmaterial von 1914 und machte das Unterhaus darauf aufmerksam, daß Frankreich seit dem Vertrage von Locarno seine Artillerie und seine Bombenflugzeuge noch um 50 v. H. verstärkt hat! Tatsache sei ferner — und damit erteilte Lloyd George den Lobpreisern einer sogenannten Bewährungsfrist eine gute Antwort — daß die Nationen, die Deutschland umgeben, sieben Millionen ausgebildete Soldaten ins Feld führen können, dazu viele Tausende von schweren Geschützen, während Deutschland nur 100 000 Mann und keine schweren Geschütze habe. Als Lloyd George danach seine Anklage bis zu den Worten steigerte: „Die Sieger haben den Friedensvertrag gebrochen", erhob sich im Unterhaus nicht eine Stimme des Widerspruchs.

Lloyd George hat sich so im Unterhaus durch sein mutiges Eintreten gegen eine fast geschlossene Opposition für eine gerechtere Würdigung des deutschen Standpunktes um den Frieden Europas und der Welt verdient gemacht. Um vier Uhr nachmittags war die englische Regierung Anklägerin, vier Stunden später war sie Angeklagter.

Um diesen Prozeß der Selbstbesinnung vorwärtszutreiben, wollen wir am 12. November an die Wahlurne treten und vor aller Welt das Bekenntnis ablegen, daß das deutsche Volk die Abkehr von Versailles fordert und einen Frieden der Ehre und der Gleichberechtigung. In einer Atmosphäre, deren Kennzeichen die Unterdrückung eines großen Volkes ist, kann die wirtschaftliche Wohlfahrt der Welt nicht gedeihen. Durch sein Ja wird das deutsche Volk die Staatsmänner zu der Friedenspolitik zwingen, von der allein ein neuer Aufstieg für alle Völker zu erhoffen ist, weil sie zur Grundlage hat den Respekt vor der Ehre und den Lebensnotwendigkeiten der anderen! Das deutsche Ja wird so die Schaffung einer gesicherten Friedensbasis ermöglichen, von der Reichsbankpräsident Dr. Schacht in einem Appell an die wirtschaftliche und politische Vernunft der Welt gesagt hat, daß sie die grundlegendste Forderung für das Gedeihen der Produktion und des Güteraustausches aller Völker ist.

411 Stadt. Bibliothek S 839

Unwägbarkeiten (impondérabiles psychologiques) vollzogen haben? Am 15. Oktober entrüstete sich noch jeder über die deutsche Unverschämtheit. Man konnte den Gedanken nicht ertragen, daß die Genfer Konferenz um des Ausfalls des Deutschen Reiches willen ihre Arbeiten nicht fortsetzen sollte. Noch sind nicht zwei Wochen vergangen, und schon scheint Genf in der Vergangenheit versunken zu sein. Man beschäftigt sich in Frankreich nur noch mit dem Entgegenkommen, das der Kanzler Frankreich gezeigt hat. Man hört seine flammenden Reden, seine Beteuerungen der Unschuld und des guten Willens, seine Anklagen gegen die Treulosigkeit der anderen, und viele Leute fragen: „Hat er am Ende nicht doch recht?" Es ist nötig, daß die Sache schnell eingerenkt wird, wenn sie nicht in eine heillose Verwirrung führen soll".

„Deutschland versichert, es sei mit einer unversöhnlichen Härte behandelt worden, es habe abgerüstet und es sei schutzlos der Gnade der Nachbarn ausgeliefert, die mächtig gerüstet seien."

Diese Behauptungen, so sagt der Artikel, entsprechen nicht der Wahrheit, und es muß französischerseits schnell eine Berichtigung erfolgen. Wie er sich das aber denkt, das möge uns die Antwort auf den ersten Punkt zeigen. Nachdem er auf die Tatsache hingewiesen hat, daß Frankreich 5 Jahre vor der festgesetzten Zeit das besetzte Rheinland geräumt hat, fährt er fort: „Kann der Kanzler in der Geschichte eine ähnliche Tatsache zitieren? Er vergleicht eine großmütige Haltung Deutschlands nach dem Kriege von 1870 mit derjenigen Frankreichs nach dem Weltkriege. Er vergißt aber, daß die deutschen Soldaten so lange auf Frankreichs Boden blieben, bis der letzte Centime Kriegsschuld bezahlt war, und daß, wenn Frankreich verhältnismäßig schnell sein Gebiet befreit habe, das darum geschah, weil es mit einer erstaunlichen Anstrengung seine Schulden geregelt habe. Wenn Frankreich nach dem letzten Kriege so gehandelt hätte, wie Deutschland nach 1870, dann wären wir immer noch in Mainz. Warum verschweigt der Reichskanzler diese Wahrheit?"

Der Kanzler hat in Erwartung einer solchen Entgegnung in seiner Rede längst die Antwort gegeben, wenn er sagt, daß wir über unsere Kraft hinaus bezahlt hätten, daß unsere Gegner uns aber zunächst nicht einmal die Summe genannt, sie dann aber in einer solchen Höhe angegeben hätten, daß an ein Abtragen niemals zu denken gewesen wäre. Nachdem der Artikel dann in ähnlich lahmer Weise über die anderen beiden Punkte gesprochen hat, schließt er:

„Noch einmal, wir sind durch den Willen Deutschlands in eine heftige psychologische Krise geworfen worden. Darauf müssen wir konsequent entgegnen. Wir müssen sprechen, Tatsachen anführen und schriftliche Beweise bringen, nicht um uns in eine verwirrende Diskussion einzulassen, sondern um sehr ruhig und ernst die Wahrheit wiederherzustellen. Das muß offiziell gemacht werden. Frankreich selbst muß sprechen. Der Rundfunk muß in deutscher Sprache dem deutschen Volke die Wahrheit sagen, die man ihm verheimlicht oder wissentlich umformt." — Soweit der Artikel. Wir wollen uns freuen, daß die Wahrheit eine neue Zunge bekommen hat, den Rundfunk.

H. Vagts, Kiel.

Anordnung des Innenministers

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgende Anordnung des preußischen Ministers des Innern bekannt:

Der preußische Ministerpräsident weist die ihm unterstellten in Betracht kommenden Behörden auf diesem Wege noch einmal darauf hin, daß, soweit Gelegenheit vorhanden ist, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Behörden die Möglichkeit gegeben wird, sich am Freitag, den 10. November, um 13 Uhr um einen Lautsprecher zu versammeln, um die Rede des Reichskanzlers mitanzuhören.

Den toten Kämpfern

des 9. November 1923

Gedenkwort von Rudolf Heß.

„Am November, vor zehn Jahren, forderte das Schicksal den Opfertod deutscher Kameraden.

Niemand ahnte damals, daß ihr Tod der nationalsozialistischen Bewegung erst das Leben sicherte und daß die Stunde ihres Sterbens zutiefst der Beginn des Werdens war, aus dem fast zehn Jahre später das neue Reich geboren wurde.

Denn niemals hätte die NSDAP. als geschlossener Kampffaktor durch die vom Schicksal geschenkte Zeit des Reifens bis zum Siege erhalten werden können, in langen Jahren der Legalität, des Hinwartens, des befehlsmäßigen Erduldens gegnerischen Terrors, in den Tagen enttäuschter Hoffnungen — nie hätte die NSDAP. den Spaltungsversuchen zu widerstehen vermocht, wenn nicht der letzte Nationalsozialist von der Ueberzeugung durchdrungen gewesen wäre: nicht aus Feigheit verhindert der Führer unser Losschlagen, nicht aus mangelnder Entschlußkraft gibt er keine Angriffsbefehle. Denn daß er den Mut zum Handeln besitzt, hat er am 8. und 9. November 1923 bewiesen. Damals zeigte er, daß er sich selbst und die Seinen rücksichtslos bis zum äußersten einzusetzen vermag, wenn es ihm notwendig und richtig erscheint.

Den Beweis der furchtbaren Ernsthaftigkeit seines damaligen Einsatzes aber erbrachten die Toten vor der Feldherrnhalle. „Sie haben doch gesiegt", weil ihr Blut den Versuch der Erhebung zum Ereignis historischen Ausmaßes werden ließ, das Adolf Hitler den Glauben der Gefolgschaft an sein bis zum letzten Entschluß reifendes Führertum in schweren Tagen sicherte.

Wir senken die Fahnen vor den Toten des 9. November, denen wir danken, daß die Bewegung durchhielt bis zum Siege, und alle Tote, die ihnen folgten, nicht vergeblich fielen.

Aus Toten wird neues Leben.

Aus unseren Toten ward das neue Leben unseres Volkes, seien wir ihrer würdig, auf daß auch das Leben unseres Volkes ihrer würdig ist!"

Tilgezins.

Im „Türmer", Jahrgang 1933, Mainummer, lese ich einen Aufsatz von „Mamertus" über „Tilgezins". Der Verfasser geht aus von der unsinnigen Wirkung des Zinseszinses: wenn einer ein noch so kleines Kapital auf Zinseszins ausleiht, so muß sich dieses in absehbarer Zeit verdoppeln, verzehnfachen, verhundertfachen, ja zu einer phantastischen, imaginären Höhe anschwellen: 1 Mark in 50 Jahren = 7 Mark, in 100 Jahren = 50, in 200 Jahren = 2550, in 300 Jahren 128 000 Mark usw. — Mit anderen Worten: Der Zinseszins frißt das Kapital auf und zerstört die Wirtschaft. —

Anders angesehen: die Verpflichtung, ein Leihkapital stillschweigend von Jahr zu Jahr um die anfallenden Zinsen zu vermehren, ist mehr, als was ein Geldmann übernehmen kann. Die Verhältnisse und die Personen ändern sich, und die übernommene Verpflichtung muß eines Tages dem Schuldner über den Kopf wachsen und ihn ruinieren.

„Mamertus" schlägt nun vor: Man schreibe durch Gesetz allgemein vor: es ist zwar erlaubt, für ausgeliehenes Kapital Zins zu nehmen, nach Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner, aber der „Zins" muß unter allen Umständen teilweise — gesetzliche Vorschrift: mindestens zu ¼ — zur Tilgung des Kapitals verwendet werden, bei 4 Prozent also: 3 Prozent Zins, ein Prozent Tilgung; bei 6 Prozent: 4½ Prozent Zins, 1½ Prozent Tilgung. Die Wirkung ist überraschend. Angenommen, es habe jemand 100 Mark zu 4 Prozent geliehen, so zahlt er dafür

nach dem	1. Jahr:	Zins	3,—	Mk.,	Tilgung	1,—	Mk.,	bleibt Restschuld	99,—	Mk.
„ „	2. „	„	2,97	„	„	1,03	„	„ „	97,97	„
„ „	3. „	„	2,94	„	„	1,06	„	„ „	96,91	„
			u. s. f.							
„ „	47. „	„	0,12	„	„	3,88	„	„ „	0,—	„

Bei höherem Zinsfuß erfolgt die Tilgung entsprechend rascher, z. B. bei 6 Prozent in 31,50 Jahren, bei 8 Prozent in 23,8 Jahren. Die vorgeschlagene gesetzliche Vorschrift verhindert also, daß irgend ein ausgeliehenes Kapital länger als höchstens 50 Jahre verzinst werden muß, daß mehr als allerhöchstens das doppelte der Schuldsumme im ganzen als Kapital samt Zins zu bezahlen ist.

Ein solches Gesetz würde unermeßlichen Segen stiften: innerhalb eines Menschenalters wären alle kurz- und langfristigen Schulden getilgt, alle noch so festgefrorenen Kredite aufgetaut (mit derselben Notwendigkeit, mit der sie jetzt festfrieren) und es wäre bei dem allen niemand geschädigt, nirgends Unrecht geschehen, wie es ohne solch ein Gesetz überall geschieht, geschehen muß."

Scheinbar bleibt beim gesetzlich vorgeschriebenen Tilgezins alles beim alten: wer Geld ausgeliehen hat, kann die ihm eingehenden Zins- und Tilgungsbeträge sofort wieder ausleihen — er kann, ja, wenn er dafür einen Abnehmer findet. Je mehr die vorgesehene gesetzliche Ordnung das ganze Volk von Schulden befreit, um so weniger wird weiterhin das Bedürfnis bestehen, Geld zu entlehnen; der heillose Zwang, unter dem wir beim heutigen Geld- und Zinswesen seufzen, verschwindet.

Ausnahmen von der gesetzlichen Regel müßten — auf gesetzlichem Wege! — gemacht werden, z. B. für Stiftungen, die aber ebendamit genauester staatlicher Kontrolle unterstellt würden. Auch für das Zwecksparen (Bausparkassen) müßte eine gesetzliche Regelung gefunden werden, damit der vorgeschriebene Tilgungszins das Zwecksparen nicht verhindert und doch nicht auf dem Wege des Zwecksparens die wirtschaftstötende Wirkung des Zinses zur Hintertür wieder hereinkommt.

Geholfen würde — alles in allem, durch den gesetzlichen Tilgezins dem ganzen Volke, insbesondere jeder produktiven Arbeit; eine wirtschaftliche Blüte müßte dabei herauskommen. Nur dem unproduktiven Geldbesitz würde die Möglichkeit genommen, das wirtschaftliche Leben zu hemmen, ja wohl gar zu ruinieren! Gesunde Geldgeschäfte gäbe es nach wie vor; nur würden sie, wie jede sittliche Tätigkeit, ihre Daseinsberechtigung damit erweisen, daß sie dem Ganzen dienen.

Raithelhuber, Feuerbach.

Kirchenraub in Polen.

In der polnischen Stadt Chorosczcz drangen, wie durch eine Mitteilung in der Lodzer „Freien Presse" bekannt wird, während des Gottesdienstes Mitglieder der römisch-katholischen Kirche in das Gotteshaus der kleinen evangelischen Gemeinde ein. Trotz des Protestes des Predikanten Friedrich Krüger, der den evangelischen Gottesdienst abhielt, weihte der katholische Propst Kirche und Altar nach katholischem Ritus, ließ die Kirche Tag und Nacht besetzt halten und hielt wiederholt katholische Gottesdienste ab. Noch bevor nach Verständigung des evangelischen Pfarrers dieses unerhörte Vorgehen dem Warschauer Konsistorium und dem Wojewoden von Bialystok gemeldet werden konnte, gingen die Katholiken daran, das Gebäude für ihre Zwecke neu herrichten zu lassen. Nach dem Bericht der Lodzer „Freien Presse" hat das polnische Kultusministerium, bei dem die sofortige Rückgabe der Kirche beantragt wurde, eine Entscheidung bisher noch nicht getroffen.

Deutscher Wald und Heimatschutz.

Eine Fußwanderung führte mich in den ersten Tagen des Herbstanfanges von Arnsberg durch das Sauerland, Rothaargebirge, Westerwald, um in Meinerzhagen im westlichen Sauerland ihr Ende zu finden.

Als Freund des deutschen Waldes muß man hierbei leider feststellen, daß der Hochwald immer mehr im Schwinden ist und daß die deutsche Eiche und Buche nach und nach durch die „rentablere" Fichte ersetzt wird. Gewiß hat dieser Nadelbaum auch seine Schönheit, aber in den überall anzutreffenden Schonungen wirkt er durch das Fehlen von Licht und grünem Unterholz einförmig und finster, abgesehen von der Feuersgefahr, der solche trockenen Waldbestände ausgesetzt sind.

Sicherlich brauchen wir einen rasch wachsenden Baumbestand, um in Deutschland den großen Bedarf an Gruben-, Möbel- und Bauholz zu decken. Außerdem verschlingt der gewaltige Papierbedarf ganze Wälder. Aber eine Grenze müßte der Forstwirtschaft gesetzt sein für die Neubepflanzung abgeroteter Laubwälder mit Fichten. Denn schließlich kann der materialistische Rentabilitätsgedanke bei einem so wertvollen Volksgut, wie ihn der deutsche Wald darstellt, nicht allein maßgebend sein. Ist er doch nicht nur außerordentlich wichtig für die Bewässerung des Landes besonders in trockenen Jahren als Regulator der Bodenfeuchtigkeit, sondern auch für die Kultur und Volksgesundheit. Balkan und die Apenninen zeigen uns ja heute noch, was der Raubbau am Walde für die Fruchtbarkeit des Landes für Folgen haben kann. Was aber der deutsche Wald für das Bild der Landschaft und für Seele und Gemüt unseres Volkes bedeutet, läßt sich überhaupt nicht in Geldwerten abschätzen.

In der Gegenwart zeigt zwar das Sauerland bei Arnsberg und im Süden zwischen Sieg, Eder und Lenne noch große Laubwälder, aber richtig ausgewachsenen Hochwald findet man immer weniger.

Zu welcher Schönheit aber Bäume emporwachsen können, sah ich an einer Buche zwischen Weilburg und Herborn und an einigen Eichen als Hüter eines größeren Bauernhofes im Lennetal. An letzteren mögen sicherlich die Stürme des Dreißigjährigen Krieges vorbeigebraust sein. Ein gutes Zeichen aber auch für den Besitzer, daß er diese Hausgenossen noch nicht längst zu Geld gemacht hat. Daß der Privatbesitz den Wald besser schont, als die immer nach neuen Geldquellen ausschauenden Gemeindeverwaltungen, zeigt auch der dem Großherzog von Hessen gehörende Kranichsteiner Park bei Darmstadt, der Buchen und Eichen von seltener Schönheit aufweist.

Meine Wanderung führte mich auch am Kloster Brunnen vorbei, das nördlich der oberen Lenne tief im Walde versteckt liegt. Der das Kloster überragende Berg ist abgeholzt und das Landschaftsbild hat sich dadurch wahrlich nicht zu seinem Vorteil verändert.

Als ich von Fleckenberg an der Lenne durch das schöne Uentroptal auf den 760 Meter hohen Härdler hinaufstieg, waren rechter Hand breite Lücken in den Buchenbestand hineingeschlagen, die sich bis auf den Kamm des Gebirges hinaufzogen. Ueberall waren in ihnen aber junge Fichten angepflanzt, und es wird nicht lange dauern, bis nach Jahren das ganze Tal mit finsteren Tannen ausgefüllt ist. Auch auf der Kuppe des Härdlers überall Fichtenschonungen. Hier zeigten die alten Baumstumpfen, daß einst Eichen, Buchen und Ahorn den Berg bedeckt hatten. Ein erfreulicheres Bild bot der Weg auf der Wanderstrecke von Hilchenbach über den im Hochwald gelegenen Bahnhof „Vormwalde" nach Sohl und von da auf einem steilen mit Steintrümmern bedeckten Schluchtweg auf die Höhe nach der Försterei Hohenrod und weiter nach der Lahnquelle. Jeder Naturfreund sei dieser Weg empfohlen. In der Nähe der Siegquelle wurde das Bild wieder etwas eintöniger. Am Wege lagen weißgeschälte Fichtenstämme, bestimmt, als Rohstoff für Zeitungspapier oder gar minderwertige Bücher zu dienen.

Trotz der Berge ist die Landschaft im Siegerland, in der Gegend von Herdorf und der Freusburg weniger schön, fehlt doch hier der Hochwald im Gegensatz zu den Höhen zwischen Hilchenbach und Biedenkopf mit den Städten Berleburg und Laasphe. An der mittleren Sieg hat besonders die Industrie und die Haubergswirtschaft zur Vernichtung der Wälder geführt. Nur auf dem Bergkegel der Freusburg mit der bekannten Jugendherberge traf ich wieder schönen Baumbestand. Sonst sind hier die Höhen mit niedrigem Eichengehölz bedeckt, dessen Blätter die Spuren von Schimmelpilzen zeigen.

Wünschenswert wäre es nach dem Gesagten, daß bei der Neuaufforstung von Wäldern etwa drei Fünftel mit Laubbäumen bepflanzt würden. Außerdem sollte jede Gemeinde mit einem größeren Waldbesitz einen Teil davon als Naturschutzpark völlig auswachsen lassen und die größere Hälfte für Nutzholz verwenden. Naturschutzparke hier und da mögen ja sehr gut sein, für den größeren Teil unseres Volkes sind sie aus verschiedenen Gründen unerreichbar. Wie stark z. B. der Eichenwald zurückgegangen ist, zeigt die Tatsache, daß noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den hier gezeigten Gegenden die Eiche das Bauholz geliefert hat.

In den Kriegs- und Inflationsjahren ist leider von den Gemeinden im Bunde mit geldgierigen Holzhändlern schlimmer Raubbau am Walde getrieben worden, wobei die Gemeinden die Geschädigten waren, da die Bezahlung erst später mit entwertetem Gelde erfolgte. Noch heute erkennt man die Schäden dieser unseligen Zeit. Bei Frankfurt am Main ist damals von einer deutschen Holzhandlung unter Mithilfe der französischen Besatzung ein

Dr. Goebbels als Zeuge

Scharfe Abrechnung mit der KPD

Aus Anlaß der Vernehmung des Reichsministers Dr. Goebbels wurde der Angeklagte Dimitroff, dessen Ausschluß an sich noch nicht beendet ist, ausnahmsweise wieder zugelassen. Zu Beginn der Verhandlung wies der Vorsitzende auf die Bedeutung der Aussage des Ministers hin, dessen Zeugnis dem Gericht besonders deshalb wertvoll sei.

Reichsminister Dr. Goebbels

schickte seiner Aussage voraus, daß er damals nicht Kabinettsmitglied, sondern nur erst Reichspropagandaleiter der NSDAP. gewesen sei. Bei der Organisierung des Reichstagswahlkampfes sei mit dem Führer vereinbart worden, daß die Kabinettsmitglieder während der ersten zwei, drei Tage in der Woche zu Besprechungen in Berlin zugegen sein müßten. Einer dieser Tage war der Tag des Reichstagsbrandes. Es war ein Tag, der für alle Mitglieder des Kabinetts und die maßgebenden Herren der NSDAP. freigehalten worden war von Versammlungen für politische Besprechungen, die außerhalb der Wahlpropaganda lagen. An dem Tage hatte eine Kabinettssitzung stattgefunden, und am Abend dieses Tages war der Führer in meiner Wohnung zu Gast. Ich wurde während des Abendbrotes ans Telephon gerufen. Unser Auslandspresseleiter Dr. Hanfstängl wohnte damals als Gast des Reichstagspräsidenten Göring im Reichstagspräsidentenpalais. Er benachrichtigte mich nun telephonisch, daß der Reichstag brenne. Ich habe diese Mitteilung für absolut absurd gehalten. Das habe ich auch dem Telephonierenden mitgeteilt. Bald darauf wurde aber wieder telephonisch von derselben Stelle angerufen, und ich wurde ganz dringlich darauf aufmerksam gemacht, daß es nun meine Pflicht sei, den Führer darüber zu orientieren, daß der Reichstag brenne. Hanfstängl sagte, er sitze dem Reichstag gegenüber und sehe die Flammen herausschlagen. Darauf hielt ich es für meine Pflicht, das dem Führer mitzuteilen. Er wollte es zuerst auch nicht glauben, so überraschend kam die Mitteilung. Wir haben uns ins Auto gesetzt und sind in rasendem Tempo zum Reichstag gefahren. Gleich am Portal II trat uns Ministerpräsident Göring entgegen und erklärte, es handele sich um ein politisches Attentat, einer der Täter sei schon gefaßt, ein holländischer Kommunist, der jetzt in Gewahrsam sei und vernommen werde.

Die Urheberschaft des Brandes

Vorsitzender: Haben Sie die vielfach erwähnte Aeußerung des Reichskanzlers gehört, die sich auf die Urheberschaft des Brandes bezog? Dr. Goebbels: **Jawohl, es war auch ganz natürlich, denn schon am Eingang war uns ja vom Ministerpräsidenten mitgeteilt worden, daß es sich um ein kommunistisches Attentat handele. Als Herr von Papen seiner Bestürzung und Verwunderung über diese Tatsache Ausdruck gab, sagte der Führer: Das ist ein Zeichen dafür, daß die Situation wirklich ist. Hier blutet die Situation sich aus. Hier kann man sehen, in welcher Gefahr Deutschland steht, und das deutsche Volk kann überzeugt sein, daß ich es für meine Pflicht halte, die deutsche Nation vor dieser Gefahr zu erretten.**

Vorsitzender: Ging die Ansicht einheitlich dahin, daß die Kommunisten die Urheber seien? Dr. Goebbels: Ganz einheitlich. Es bestand für uns kein Zweifel darüber.

Für uns gab es nur eines: Daß die kommunistische Partei hier zum letzten Male versucht hatte, die Dinge in einer durch den Reichstagsbrand heraufbeschworenen allgemeinen Unordnung an sich zu reißen.

Vorsitzender: Wollen Sie sich zu der im Braunbuch enthaltenen Beschuldigung äußern, daß bestimmte Personen aus der NSDAP als Brandstifter in Frage kämen? Dr. Goebbels: Ich habe mit Erstaunen festgestellt, daß das Braunbuch meint, der Plan sei in meinem Kopf entstanden. Glaubt denn jemand, daß mir keine anderen Propagandamittel gegen die Kommunisten zur Verfügung stehen als so eine Brandstiftung?

Was Oberleutnant Schulz anlangt, so habe ich ihn seit der Parteikrise im November vorigen Jahres nicht wiedergesehen. Es handelte sich damals bei der Krise darum, daß Gregor Strasser seine Treue zur Partei nicht so bewährte, wie man das von ihm erwarten durfte. In demselben Augenblick mußte er von der Tribüne der Oeffentlichkeit verschwinden und mit ihm sein Adjutant Oberleutnant Schulz. Seitdem haben wir alle keinen Verkehr mit den beiden Herren gepflogen, und nun sollen wir ausgerechnet diesen Mann beauftragt haben, den Reichstag in Brand zu stecken?

Reichsgerichtsrat Dr. Coenders: Torgler hat es so hingestellt, als ob er im Reichstage besonders versöhnlich aufgetreten wäre.

Goebbels über Torgler

Dr. Goebbels: Ich habe Torgler sehr aufmerksam jahrelang beobachtet, ohne daß ich je ein Wort mit ihm gewechselt hätte. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß man die Kommunistische Partei in drei Klassen einteilen muß: Es gibt den ehrlichen Arbeiter, der an den Kommunismus glaubt und überzeugt ist, daß er ihm ein besseres Leben geben könne. Wir haben uns immer bemüht, diese Menschen für uns zurückzugewinnen. Es gibt eine zweite Klasse, das ist der Janhagel auf der Straße, den die Kommunistische Partei benutzt, um Verbrechen zu tarnen. Das sind die Menschen, die Attentate, Plünderungen und Ueberfälle immer unter der Flagge des Kommunismus vor sich gehen lassen, weil sie hoffen, vor Gericht als politische Angeklagte milde wegzukommen.

Es gibt eine dritte Klasse, das sind die sogenannten Intellektuellen, die sehr schlau verstehen, sich immer hinter den Fanatikern zu verkriechen, um dem Zugriff der Gerichte entzogen zu sein. Zu dieser Klasse rechne ich Torgler. Ich glaube nicht an seine Biedermännigkeit, ich bin im Gegenteil überzeugt, daß er einer der gefährlichsten der kommunistischen Führer gewesen ist, daß Torgler die Maske des Biedermannes nur vorbindet, um dahinter seine kommunistisch-anarchische Gesinnung zu verstecken. Diese Ueberzeugung haben alle meine Beobachtungen im Reichstag bestätigt. Torgler war immer derjenige, der hinter seiner Fraktion stand, der niemals nach vorn zu gehen wagte. Aus vielen Unterredungen mit Parteigenossen, die Versammlungen Torglers besucht haben, weiß ich, daß er immer und immer wieder die Parole „Schlacht die Faschisten, wo ihr sie trefft" ausgesprochen, daß er dort immer der größte Hetzer war und dann am nächsten Tage im Haushaltsausschuß und im Reichstag den seriösen und konziliösen Biedermann spielte.

Oberreichsanwalt: Sie haben den Reichstagsbrand gewissermaßen als das Fanal für einen von den Kommunisten beabsichtigten Aufstand angesehen? Dr. Goebbels: Absolut. In den damaligen Tagen habe ich Hunderte von Drohbriefen erhalten. In der illegalen Presse, den Flugschriften, wurde ganz offen vom Aufstand gesprochen, von Gewalt und vom Generalstreik. Oberreichsanwalt: Es wird im Braunbuche behauptet, daß die Nationalsozialisten Veranlassung gehabt hätten, damals irgendetwas Besonderes zu tun, weil ihre Aussichten für die Wahl am 5. März besonders schlecht gewesen seien und weil sich auch die nationalsozialistischen Kabinettsmitglieder umklammert gefühlt hätten von den übrigen Ministern und vom Stahlhelm. Dr. Goebbels: Diese Unterstellung ist geradezu absurd. Was den ersten Teil anlangt, so hat die Partei niemals so gute Aussichten gehabt wie für diese Wahl. Was die Umklammerung von Deutschnationalen und Stahlhelm anlangt, so möchte ich folgendes sagen:

Die Führer der nationalen Bewegung, der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Stahlhelms, haben am 30. Januar dem Reichspräsidenten in die Hand versprochen, daß sie in Einigkeit und Entschlossenheit und ohne Parteihaß an die Lösung der Fragen herangehen würden. Ich habe fast alle Zusammenkünfte dieser Herren mitgemacht und kann nur bestätigen, daß niemals auch nur in der leisesten Erinnerung der Versuch gemacht ist, diesen Bund zu sprengen.

Abfuhr für Dimitroff

Nunmehr erhebt sich der Angeklagte Dimitroff und stellt verschiedene Fragen. Als er fragt, ob Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk nicht eine Rede gehalten habe, in der er nicht nur die Kommunistische Partei, sondern auch die Sozialdemokratische Partei als Urheberin des Brandes hinstellte, antwortet Dr. Goebbels: Ich habe den Eindruck, daß Dimitroff vor diesem Gericht Propaganda für die Kommunistische bzw. Sozialdemokratische Partei machen will. Darauf möchte ich antworten:

Ich weiß, was Propaganda ist, und er braucht nicht den Versuch zu machen, mich durch solche Fragen aus der Ruhe zu bringen. Wenn wir die Kommunisten der Urheberschaft anklagen, so war die ununterbrochene Verbindung zur Sozialdemokratie gegeben. Wir waren nicht der bürgerlichen Auffassung, daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie bestand. Für uns bestehen die Unterschiede beider Parteien nur in der Taktik und im Tempo, nicht aber im Grundsatz.

Da der Angeklagte an den Zeugen immer wieder neue Fragen richtet, die mit der Angelegenheit nicht das geringste zu tun haben und Dinge betreffen, die sich außerhalb der Bewegung oder sogar vor ihrer Gründung ereignet haben, wird er schließlich ernstlich durch den Vorsitzenden verwarnt.

KPD für „geistige Auseinandersetzung!"

Nach ihm erhält der Angeklagte Torgler das Wort zur Fragestellung. Er betont dabei immer wieder, daß die Parole „Schlagt die Faschisten tot" nur bis 1930 von der KPD herausgegeben war, daß aber nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 diese Parole als „absolut falsch" verworfen und die Anweisung herausgegeben wurde, mit den Nationalsozialisten zu disputieren.

Minister Goebbels (in großer Erregung): Ja, Sie haben diskutiert mit den kleinen SA.-Leuten, denen gegenüber Sie sich überlegen fühlten. Wenn Sie vor meine Klinge kamen, wagten Sie nicht zu antworten, weil Sie dann unterlegen wären. Ich habe Sie oft genug eingeladen, Sie haben die Gelegenheit aber nicht wahrgenommen, statt dessen sind Sie mit Brachialgewalt vorgegangen.

Torgler: Ich möchte ausdrücklich feststellen in Anwesenheit des Ministers Dr. Goebbels, daß ich niemals (?) die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" propagiert habe, daß ich mich immer mit größtem Nachdruck und größter Energie für die „geistige Auseinandersetzung" zwischen den beiden Weltanschauungen eingesetzt habe.

Oberreichsanwalt: Der Angeklagte hat erklärt, er habe nie die Parole ausgegeben „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" Er hat aber nach seiner Vernehmung nach dem Protokoll früher ausgeführt, er habe beobachtet, daß die Wahlerfolge seiner Partei immer da am besten gewesen seien, wo man die Nationalsozialistische Partei am intensivsten bekämpft habe. Er sagt dann weiter nach dem Protokoll:

Ich zog daraus die Schlußfolgerung, daß die Kommunisten mehr als bisher den Nationalsozialisten auf die Finger sehen müßten und mehr als bisher die Parole der Kommunistischen Partei beachten müßten: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!"

Das hat der Angeklagte Torgler nach seinen eigenen Angaben in der Versammlung gesagt. Er sagt allerdings dann weiter, daß er damit einen geistigen Kampf gemeint habe. **Es ist aber zugegebenermaßen von ihm in der damaligen Versammlung die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" propagiert worden.**

Torgler: Ich habe gerade in dieser Zeit immer versucht, den Versammlungsbesuchern zu sagen, daß unter dieser Parole zu verstehen sei die geistige Auseinandersetzung. (Lachen im Zuhörerraum.)

Dr. Goebbels: Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die kommunistische Anhängerschaft Herrn Torgler so schlecht verstanden hat. Selbstverständlich wird er sich heute bemühen, die Parole „Schlagt die Faschisten usw." als die Aufforderung zu einer geistigen Auseinandersetzung hinzustellen. Damit würden aber die vierhundert Opfer dieser Parole aus den Gräbern nicht mehr herausgeholt.

Die Kommunistische Partei hat diese Parole praktisch bis zu ihrer Vernichtung durchgeführt, und ich bin berechtigt zu der Annahme, daß das mit Wissen und Wollen der kommunistischen Parteileitung geschah und daß sie eine gegenteilige Parole nur ausgab, um sich vor den amtlichen Stellen zu decken.

Vorsitzender: Angeklagter Torgler, wie erklären Sie sich, daß so viele Waffen, Munition und Sprengstoffe bis zur letzten Zeit von den Kommunisten angesammelt worden sind? Wie ist das zu erklären, wenn die Kommunistische Partei tatsächlich jeden Terror ablehnt?

Torgler: **Ich bin nicht imstande, darüber irgendeine Auskunft oder Erklärung zu geben.**

Appell an die Auslandspresse

Der Zeuge Reichsminister Dr. Goebbels weist dann noch verschiedene provokatorische Fragen des Angeklagten Dimitroff zurück und faßt seine Aussage mit folgenden Sätzen zusammen:

Herr Präsident, ich habe mich bemüht, mit einer minutiösen Genauigkeit die im Braunbuch gegen die nationalsozialistische Bewegung und die deutsche Regierung erhobenen Beschuldigungen zu widerlegen. Ich stelle mit Bedauern fest, und das tut die ganze deutsche Reichsregierung, daß diese Lügen des Braunbuches immer noch vom Auslande verbreitet werden. Ich erwarte von der Auslandspresse, daß sie nun, nach dieser minutiösen Schilderung des wirklichen Tatbestandes, auch diese Schilderung mit derselben Genauigkeit wiedergibt. Es geht nicht an, daß die Regierung eines anständigen und ehrlichen Volkes so vor der ganzen Welt in unwahrhaftiger Weise weiter verdächtigt wird. (Lebhaftes Beifallsklatschen).

Dimitroffs Strafregister

In der Nachmittagssitzung wird eine Auskunft des bulgarischen Justizministeriums über die Vorstrafen des Angeklagten Dimitroff verlesen. Danach ist Dimitroff u. a. 1926 wegen eines Ueberfalles zum Tode durch den Strang und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für alle Zeiten verurteilt worden. Diese Strafe ist durch Amnestie außer Kraft gesetz worden. Schließlich ist Dimitroff zu 15 Jahren verschärften Kerkers (Zuchthaus) und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für 20 Jahre wegen Aufstandes verurteilt worden. Diese Strafe würde er noch abzubüßen haben. Der Angeklagte Dimitroff erklärt dazu: „Alle diese Vorstrafen sind in meiner Abwesenheit ausgesprochen worden. Ich erkläre, daß ich bereit bin (?), nach Beendigung des jetzigen Prozesses nach Bulgarien zurückzukehren, um dort vor dem bulgarischen Gericht über meine ganze Tätigkeit Rechenschaft abzulegen und die volle Verantwortung dafür zu übernehmen."

Im Gegensatz zu dem Zeugen Helmer haben die zum Schluß der Sitzung vernommenen übrigen Kellner des „Bayernhof" van der Lubbe nach ihren Aussagen im Lokal nicht gesehen.

---

selten schöner Eichenbestand niedergeschlagen und zu Geld gemacht worden. Geist der Zeit.

Neben diesen Sünden am deutschen Wald zeigte mir diese Wanderung auch die schon so oft beklagte Verschandlung des Dorfbildes durch die Reklame und die grellbunten Tankstellen ausländischer Oelgesellschaften. Auch die Blechdächer auf manchen Bauernhäusern wirken im Gegensatz zum heimischen Stroh- oder Schieferdach unschön. Zwar hat der sauerländische Gebirgsverein und der Dürerbund schon vor dem Kriege hiergegen Front gemacht, aber das Uebel scheint nicht ausrottbar.

Ebenso häßlich wirkt die Blechreklame in den deutschen Dörfern und in den alten Kleinstädten. In Hof bei Marienberg im Westerwald sah ich inmitten eines eigenartig schönen Fachwerkmusters an einem Bauernhause eine bunte Empfehlung von Franks Kornkaffee.

Vielleicht hilft hier der immer wiederholte Protest der Naturschutz- und Wandervereine. Gibt es doch sicher noch bessere Methoden, um Oel, Zigaretten, Schokolade usw. anzupreisen, ohne die deutsche Landschaft zu verschandeln. Leider scheint das Verständnis für Natur- und Heimatschutz unter der Landbevölkerung weniger stark zu sein als unter den Großstädtern. Hier ist auch ein dankenswertes Gebiet für die Geistlichkeit und den Lehrer auf dem Dorfe. Der reine Nützlichkeitsstandpunkt läßt sich durchaus mit dem Empfinden für Schönheit vereinbaren, sogar für Oelpumpen, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Hoffen wir, daß es hierin nach und nach besser wird, zumal ja die heutige Regierung mehr Wert auf die Pflege der ideellen und kulturellen Güter Wert legt, als die Regierungen der ersten Nachkriegsjahre. Was unsere Vorfahren geschaffen, zeigen alte Städtebilder und Dörfer. Sorgen auch wir dafür, daß die nach uns Kommenden sich dessen erfreuen, was Künstler und Handwerker in der Gegenwart in die deutsche Landschaft hineinstellen.

W. Weber.

Hilfe für Siedler

Befreiung von untragbaren Lasten.

Reichsernährungsminister Darré hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister eine Neuregelung der Siedlerrückstände vorgenommen:

1. Alle in der Zeit vom 1. April 1920 bis 31. Dezember 1933 mit Hilfe von Reichs- oder Staatskrediten angesetzten Neu- und Anliegersiedler werden für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis 31. Dezember 1933 von allen Jahresleistungen für die Kredite der öffentlichen Hand befreit.

2. Für das Kalenderjahr 1934 gelten für alle Siedler ermäßigte Jahresleistungen. Rückstände aus der Zeit bis 30. Juni 1931 gelten als gestundet und sind bis zum 31. Dezember 1934 nachzuholen.

Zahlungen der Siedler aus der Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 31. Dezember 1933 werden ihnen gutgebracht und für Regelung sonstiger Schulden verwendet.

Im Kalenderjahr 1934 wird die Jahresleistung der Siedler für die Zeit ab 1. Januar 1935 neu festgesetzt werden.

Demokratische Niederlage bei der Bürgermeisterwahl in Neuyork. La Guardia wurde zum Bürgermeister von Neuyork gewählt. Der demokratische Kandidat unterlag zum ersten Male seit 20 Jahren.

Gedenkfeier in München

Feierliche Fahnenübergabe der alten Freikorps.

Im Rahmen der Zehnjahresfeier zum Gedächtnis der ersten Toten der nationalsozialistischen Bewegung, die am 9. November 1923 vor der Feldherrnhalle gefallen sind, fand auf dem Königsplatz in München die feierliche Fahnenübergabe der alten Freikorps des Jahres 1923 an die SA. statt. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt Stabschef Röhm, der mit dem Reichsstatthalter für Bayern, Ritter von Epp, erschienen war, die Front der SA. ab und begrüßte dann die Führer der Fahnenabordnungen mit herzlichem Handschlag: Dr. Weber, den Führer des Freikorps Oberland, den alten Kämpfer Oberleutnant Roßbach und all die anderen, die einst an der Spitze ihrer Scharen das Land aus tiefster Not und Schmach errettet haben.

Nach dem Gruß an all die erschienenen Freikorpskämpfer trat

Stabschef Röhm

vor die Fahnenfront der Freikorps und hielt eine zündende Ansprache, in der er mit ehrenden Worten der historischen Verdienste der Freikorps gedachte.

„Ihr Werk wird", so führte Stabschef Röhm aus, „von den Soldaten für alle Zeiten hochgehalten, geehrt und geachtet werden. Die Männer freilich, die sie damals beriefen und die ihnen dann wieder den Laufpaß gaben, wollten nicht, daß Deutschland frei und groß werde, sondern nur ihre wankenden Throne stützen. So ist das Schicksal der Kämpfer damals vorübergehend wieder in den Hintergrund gedrängt worden, bis andere politische Soldaten auf die Bühne deutschen Geschehens getreten sind. Heute, meine Kameraden aus den Freikorps, ist das, für was auch Sie gekämpft haben und für was wir alten Soldaten draußen im Felde stritten, Wirklichkeit geworden: Wir haben wieder ein Deutschland, in dem es sich lohnt, zu leben und zu kämpfen, ein Deutschland, in dem es sich auch lohnt, für das Vaterland zu sterben. Wir werden dafür sorgen, daß dieser Geist der Geist Deutschlands ist und bleibt. Der Führer Deutschlands kann sich darauf verlassen, daß seine politischen Soldaten den Weg, den er uns leitet, zu Deutschlands Ehre und Frommen nimmer verlassen werden. Deutschland, das liebe Deutschland, mag ruhig sein, wir wachen und kämpfen."

Dann nahm Stabschef Röhm die Fahnen aus der Hand ihrer Führer entgegen und übergab sie in die Obhut der SA. Er begrüßte mit Handschlag die Führer der Freikorps und der Zeitfreiwilligen und versicherte ihnen, daß die Fahnen hoch in Ehren gehalten würden. In feierlichem Zuge wurden die Fahnen, von den dichtgedrängten Menschenmassen ehrfurchtsvoll mit erhobenem Arm begrüßt, ins Braune Haus gebracht, wo sie in der Ehrenhalle neben den Sturmfahnen der SA. Aufstellung finden werden.

Huldigungen an den Führer

Um die Mittagsstunde stauten sich vor dem Hause dichte Menschenmassen in dem Wunsche, den Führer zu sehen. Vor dem Hause fand, nachdem die Fahnen der Freikorps in der Ehrenhalle Aufstellung gefunden hatten, ein Platzkonzert der SS.-Leibstandarte Berlin statt.

Um 14 Uhr trat plötzlich der Führer auf den Balkon des Braunen Hauses heraus, von der riesigen Menschenmenge mit ungeheurem, immer wieder aufbrandendem Jubel begrüßt. Die Kapelle der SS.-Leibstandarte intonierte zu Ehren des Führers den Badenweiler Marsch. Kurz nach 14 Uhr nahm der Führer zunächst die mittags der SA. übergebenen Freikorpsfahnen in Augenschein. Im Kasino des Braunen Hauses war der Führer dann mit den alten Kämpfern aus dem Jahre 1923 zusammen, mit den Männern, die am 9. November mit ihm in einer Reihe zur Feldherrnhalle marschierten und von denen mancher mit ihm seine Festungshaft teilte.

Kurz darauf erschienen im Braunen Haus Oberbürgermeister Fiehler, die Stadträte Graf und Weber, die Begleiter des Führers von 1923, und Reichsschatzmeister Schwarz. Sie überreichten dem Führer die höchste Auszeichnung, die die Landeshauptstadt zu vergeben hat, den Ehrenbürgerbrief der Stadt München, den der Führer entgegennahm.

Neue Revolte auf Kuba

Havanna, 9. November.

Das Fliegerkorps hat gemeutert, und mit Unterstützung einer linksradikalen Studentenorganisation eine Kavalleriekaserne besetzt. Bei den Zusammenstößen mit den Regierungstruppen sind zwölf Personen gefallen. Die Aufständischen sollen bei ihrem Vorgehen auch das Palais des Staatspräsidenten angegriffen haben, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Sie hatten, wie es heißt, die Absicht, den Präsidenten Grau-San-Martin abzusetzen und durch den früheren Präsidenten Cespedes zu ersetzen.

Die Maske fällt.

Abrüstungsaussprache im englischen Oberhaus.

London, 8. November. Lord Arnold, der als ein Mitglied der nationalen Arbeiterpartei gilt, erklärte, daß die Siegermächte den Versailler Vertrag nicht innegehalten und nicht erfüllt hätten.

Im Namen der Regierung wandte sich der Kriegsminister Lord Hailsham gegen die Sozialisten, denen er vorwarf, daß sie die Abrüstungsabsichten der Regierung aus Parteirücksichten verdrehten. Hinsichtlich des Vorschlages des Oppositionsführers Lord Pononby, daß die englische Regierung in Genf anregen möchte, den Rüstungsstand von Deutschland als Richtlinie für die Abrüstung der anderen zu nehmen, sagte Lord Hailsham, dies würde zwar eine heroische Geste bedeuten, aber die englische Regierung wolle in Genf eine Vereinbarung zustande bringen.

Glaubt etwa irgend jemand, daß Frankreich heutigen Tages auf den Stand von Deutschland abrüsten würde, wenn wir es dazu aufforderten, so fragte Lord Hailsham. Oder glaubt etwa irgend jemand, daß Japan oder die Vereinigten Staaten diesem Kurse zustimmen würden? Dieser vielgerühmte Plan sei daher lediglich ein Rat der Verzweiflung. Die Hauptschwierigkeit sei der Ausgleich zwischen der deutschen Gleichberechtigung u. der französischen Sicherheitsforderung. Es sei zwecklos, eine Lösung der Abrüstungsfrage suchen zu wollen, solange Deutschlands Entrüstung über seine angebliche minderwertige Behandlung nicht beseitigt sei und solange man Frankreich keinerlei Sicherheitsgefühle für die Zukunft geben könnte.

Welt in Waffen.

Die Rüstungen der Welt.

Berlin, 8. November. Wie aus einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung hervorgeht, haben die Staaten der Welt im Jahre 1930/31 rund 18 bis 20 Milliarden Mark für ihre Rüstungen ausgegeben. Dabei hat sich die Sachgütererzeugung der Welt vom Jahre 1929 bis 1932 in Werten gerechnet etwa um die Hälfte verringert. Die Rüstungsausgaben dagegen sind noch um 7 v. H. gestiegen. Gegenwärtig werden fast 5 v. H. des Wertes der internationalen Sachgütererzeugung für Rüstungen ausgegeben. Die Rüstungsausgaben der Welt waren im vergangenen Jahr schätzungsweise um ⅔ höher als im letzten Vorkriegsjahr. An landwirtschaftlichen und industriellen Sachgütern wurde aber gerade wieder ebenso viel hergestellt wie 1913.

Auf die fünf Länder Vereinigte Staaten von Amerika, Sowjetrußland, Großbritannien, Frankreich und Italien entfallen allein etwa 55 v. H. der Weltausgaben für Landstreitkräfte, 70 v. H. der Weltausgaben für Seestreitkräfte und 80 v. H. der Weltausgaben für Luftstreitkräfte.

Simon geht nicht nach Genf

Reuter erfährt aus amtlichen englischen Kreisen, daß weder Außenminister Sir John Simon, noch der Unterstaatssekretär nach Genf gehen, wo am heutigen Donnerstag eine neue Besprechung in der Abrüstungsfrage stattfinden soll.

Luther-Akademie in Sondershausen.

Vom 2. bis 7. Oktober 1933 fand in den Räumen der Luther-Akademie in Sondershausen die diesjährige Tagung des Apologetischen Seminars (früher in Wernigerode und Helmstedt) statt. Die Vorlesungen behandelten zeitgemäß und gegenwartsnah die Rassenfrage (Dr. med. Kleinschmitt, Wittenberg), das Verhältnis des Nationalsozialismus zum Evangelium (Prof. D. Deißner, Greifswald) und die Eigenart des lutherischen Bekenntnisses (Generalsuperintendent D. Zöllner). In das Gebiet der Naturwissenschaft führte eine Vorlesung des Freiburger Physikers Professor Dr. Mie. Von Göttinger Professoren trugen Prof. D. Bauer und Abt D. Stange vor. Trotz derUngunst der Zeit waren die Vorlesungen gut besucht. Der herrliche Sonnenschein und die vortrefflichen Einrichtungen der Lutherakademie machten die Tage des Zusammenseins den aus allen Teilen Deutschlands gekommenen Teilnehmern zu einer Zeit geistiger und körperlicher Erquickung. Am 9. und 10. Oktober schloß sich eine Tagung des erweiterten Vorstandes des lutherischen Einigungswerkes an. Am 14. und 15. Oktober fand in der Lutherakademie eine Konferenz des Verbandes evangelischer Theologinnen statt.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bad Salzuflen ermäßigt die Kurtaxe! Ab 15. November wird die Kurtaxe für die Winterkur weiter beträchtlich ermäßigt. Es empfiehlt sich, bei Herz-, Rheuma-, Nerven-, Frauenleiden Bad Salzuflen, Norddeutschlands größtes und erfolgreichstes Heilbad, auch im Winter aufzusuchen, da die Abgabe der Kurmittel genau wie in der Hochsaison ihren Fortgang nimmt.

Bad Salzuflen ist vor rauhen Witterungseinflüssen durch seine Lage inmitten eines Talkessels, umgeben von den Höhen und Wäldern des Teutoburger Waldes hervorragend geschützt.

Daß Bad Salzuflen das modernste und besteingerichtete Inhalatorium Nordwestdeutschlands besitzt, bedarf besonderer Erwähnung.

Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Bethel.

Am Dienstag, 7. November, sprach Pg. Kreisleiter Dr. Löhr an Stelle des verhinderten Bezirksleiters der Arbeitsfront Pg. Cornills in einer Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront. Er erinnerte an den Besuch Dr. Leys in Bielefeld, der am Tage vorher stattgefunden hatte und zog Vergleiche zwischen den Arbeiterführern von ehemals und dem, was heute getan wird, um dem Arbeiter die Gleichberechtigung zu sichern. Unserem Führer ist es gelungen, trotz dem ständigen Weitersteigen der Arbeitslosenzahl in der Welt, dem Gespenst der Arbeitslosigkeit in Deutschland in neun Monaten siegreich zu Leibe zu gehen. Wir Nationalsozialisten wissen, daß noch nicht alle wieder in Arbeit und Brot sind, wir wissen, daß durch die Fettgesetze keine Erleichterung für den Arbeiter geschaffen worden ist, aber diese Maßnahmen waren nötig für unsere völkische Erhaltung durch ein gesundes Bauerntum. Welthandel um jeden Preis ist gleichbedeutend mit nationalem Selbstmord. Und im übrigen, wer möchte behaupten, daß es ihm heute schlechter geht als vor dem 30. Januar?! Wir Nationalsozialisten wissen auch, daß es dem Arbeiter schwer wird, mit leerem Magen sich für unsere Regierung einzusetzen; deshalb muß hier das große Winterhilfswerk einsetzen, und jeder Volksgenosse, der noch hat, muß freiwillige Opfer bringen. Wir verlangen von keinem, daß er mitbaut am Dritten Reich, aber wir dulden nicht, daß unser Aufbau von irgend jemand sabotiert wird. Der Kreisleiter kam sodann auf die Außenpolitik zu sprechen und betonte wiederum, daß Deutschland nicht nur materiell, sondern auch moralisch abgerüstet habe. Deutsche Offiziere sind nach dem Wunsch der Feinde vor deutsche Gerichte geschleift worden und zu Zuchthaus und Gefängnis verurteilt worden, nur weil sie sich bis zuletzt für ihr Vaterland eingesetzt hatten. Wir betteln nicht um Aufrüstung, sondern verlangen Gleichberechtigung und Frieden. Vor 15 Jahren sagte man: Jagt die Hohenzollern weg, und die Welt nimmt euch in die Arme. Heute ruft man: Jagt Hitler fort und ihr bekommt die Gleichberechtigung. Deutschland aber wird am 12. November dem Ausland die rechte Antwort darauf zu geben wissen. Deutschlands Einigkeit ist die stärkste Waffe gegen unsere Gegner. Würde sich Deutschland am 12. nicht einstimmig für Hitler erklären, dann würde Frankreich recht haben und einen Einmarsch in das „geknechtete Deutschland" zu rechtfertigen wissen. Wer den Frieden will, der antworte darum am Wahltage mit Ja!

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Deutsche
Qualitätsware
für jedes Haus
zu Werbe-Preisen
Konfektion, Stoffe, Strümpfe, Trikotagen, Baumwollwaren, Wäsche, Gardinen usw.
Jeder Einkauf bedeutet neue deutsche Arbeit.
Buddeberg
Das deutsche Haus für preiswerte Qualitäten
Bielefeld Niedernstr. 5—9



Fäßchen ca. 50 zarte Dauer-
Salzheringe gleich ohne Kopf Eingew.
ca. 25 Gabelrollmops, je eine Dose Seeaal, Geleeh., Bismarckh., Bratf., Anchovis, Fettheringe und 2 Dosen Ia Oelsardinen. Alles zusammen 4.50 Mk. Frankozusendung 1.- Mk. extra. Gar. Zurücknahme. Alles lecker. E. Napp, Altona A 357

KB
KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTADT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON Nr. 1396

Stellengesuche u. -Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Zur **Familienforschung,**
Anlegen einer **Familienchronik,**
ist Photographieren unentbehrlich!
Photo-Apparate und Photo-Arbeiten von
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**
Donnerstag 8¼ Uhr: Singekreis.
Donnerstag 8¼ Uhr: Kampfgruppenpflichtabend.

— Wir machen wieder darauf aufmerksam, daß unsere

Blaukreuzstunden

an jedem Donnerstag abend um 8 Uhr in Gosen stattfinden und hierzu ein jeder herzlich eingeladen wird.

— **Gefunden:** 1 Füllfederhalter, 1 Sextanermütze, 1 Baskenmütze und Handschuhe. Näheres im Telefonamt.

Anzeigen aus Bethel

— Die Wirtschaftsstelle hat zwei gebrauchte Nähmaschinen abzugeben. Besichtigung vormittags um 11 Uhr und nachmittags um 5 Uhr im Reservelager.

— **20 Pfund Quitten** zu kaufen gesucht. Frau Gräfin Baudissin.

Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: